

Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäische Union (Mai 2006)

Quelle: Liberté, sécurité et justice dans l'Union européenne- DG F Communication [Prod.], 2006. Conseil de l'Union européenne, Bruxelles. - VIDEO (10:13, Couleur, Son original).
Council of the European Union, Rue de la Loi, 175, B-1048 Brussels.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/freiheit_sicherheit_und_recht_in_der_europaische_union_mai_2006-de-a560f276-ea09-488d-a890-50ea880ea1ff.html



Publication date: 05/07/2016

Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäische Union (Mai 2006)

Ganz Europa kennt dieses kleine luxemburgische Dorf. Zumindest seinen Namen. Es handelt sich um den Ort Schengen, den Ort, an dem 1985 das Schengener Abkommen unterzeichnet wurde. Es kennzeichnet den Beginn des Europas ohne Grenzen. Welcher Ort könnte ein besseres Symbol sein als Schengen, dieses zwischen drei Ländern gelegene Dorf: Deutschland, Frankreich und Luxemburg?

Es gab den französischen Zoll, den deutschen Zoll und den luxemburgischen Zoll – wir nennen es das „Dreiländereck“.

Die Grenzen sind heute verschwunden, aber die Tatsache, dass wir heute frei in anderen Ländern der Europäischen Union reisen, arbeiten oder Geschäfte machen dürfen, ist ohne Bedeutung, wenn wir nicht von Rechtssystemen geschützt werden, auf die wir uns verlassen können. Und die Kriminellen und Terroristen genießen dieselbe Bewegungsfreiheit. Deshalb müssen die Polizei und die Justizbehörden im Kampf gegen das internationale Verbrechen zusammenarbeiten.

Die Staats- und Regierungschefs trafen sich 1999 im finnischen Tampere, um sich auf einen ehrgeizigen Aktionsplan zu einigen, der die Union zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts machen sollte.

Dazu sind notwendig: eine gemeinsame Politik in den Bereichen Asyl und Immigration; ein echter europäischer Raum des Rechts, mit anderen Worten ein besserer Zugang zur Justiz und die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen; die unionsweite Verbrechensbekämpfung; stärkeres außenpolitisches Handeln, die Entwicklung von Partnerschaften mit Drittländern.

Der Ministerrat der Europäischen Union spielt eine Hauptrolle bei der Einrichtung dieser verstärkten Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres auf Ebene der Europäischen Union.

[Javier Solana (Generalsekretär des Rates der Europäischen Union)] „Die Europäische Union engagiert sich schon seit Jahren in diesen Bereichen. Aber mit der Zeit ist dieses Thema immer wichtiger geworden. Rufen Sie sich in Erinnerung, wovon wir sprechen. Wir sprechen von Problemen im Zusammenhang mit der Einwanderung, mit der Integration der Einwanderer in unsere Gesellschaften, mit dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen, mit Dingen, die äußerst wichtig für das tägliche Leben der Bürger der Europäischen Union sind.“

Die Europäische Union zählt fünfundzwanzig Mitglieder, mit mehr als fünfundzwanzig unterschiedlichen Rechtssystemen. Es handelt sich um einen sensiblen Bereich, in dem die Regierungen ihre nationalen Vorrechte eifersüchtig hüten. Sie wollen der Europäischen Union nicht zu viele Kompetenzen übertragen.

[Monika Lamperth – Ungarische Innenministerin] „Während der Beitrittsverhandlungen stand die Frage der Souveränität oft im Mittelpunkt. Wenn ein Land seine Souveränität aufgibt, muss es wissen, wofür, muss die Bevölkerung verstehen, welches Ziel mit dieser Aufgabe von Souveränität verfolgt wird. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeutet Verantwortung, die das Land akzeptieren muss.“

In Wirklichkeit entwickeln die europäischen Justiz- und Innenminister ihre Politik sehr pragmatisch.

[Bertel Haarder (Dänischer Minister für Flüchtlinge, Einwanderung und Integration)] „Nach dem 11. September und den Anschlägen von Madrid ist die Unterstützung in der Bevölkerung für die gemeinsame Politik in diesem Bereich gewachsen, und auch die Unterstützung in der Bevölkerung für die schrittweise Aufgabe von Rechten im Hinblick auf Polizei etc.“

Die Verbrechensbekämpfung und der Kampf gegen die illegale Einwanderung beginnen an den Außengrenzen der Union. Mit der Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen ist eine größere Sicherheit an den Außengrenzen notwendig. Ganz im Süden befindet sich Italien in ständiger Alarmbereitschaft, um der illegalen Einwanderer und Schmuggler Herr zu werden. Es werden die neuesten

Technologien eingesetzt. Im Hafen von Bari werden Lastwagen gescannt. An anderen Orten werden Apparate eingesetzt, die einen Herzschlag oder Kohlendioxid erfassen können, um blinde Passagiere zu entdecken.

Diese in Albanien abgefangenen Schiffe gehörten Menschenschmugglern. Sie sind der Beweis für das Funktionieren der Zusammenarbeit mit den Drittländern. Die europäische Finanzierung, die Ausbildung der albanischen Grenzpolizei sowie eine gemeinsame italienisch-albanische Kommandozentrale haben eine spürbare Reduzierung der illegalen Einwanderung über die Adria möglich gemacht.

[Fulvio Furia – Italienischer Grenzschützer, Hafen von Durrës] „In diesem Zusammenhang haben wir die erhöhte Autorität der lokalen Polizei feststellen können, die in der letzten Zeit eine gewisse Autonomie erlangt hat und mit mehr Professionalität eigene Ergebnisse erzielt hat.“

Nach der jüngsten Erweiterung der Union sind die Grenzen im Osten der Europäischen Union sehr viel länger. Hier patrouilliert ein Luftkissenfahrzeug auf einem zugefrorenen See zwischen Estland und Russland. Die Union investiert fast eine Milliarde Euro in die Ausbildung und ausgefeilte Überwachungstechnologien, um die neuen Grenzen im Osten zu sichern.

Innerhalb der Union befindet sich der Schengener Raum, ein Europa ohne Grenzen, in dem die Menschen sich frei bewegen können, ohne ihren Pass oder Personalausweis zeigen zu müssen. Dreizehn Staaten der Europäischen Union sowie Norwegen und Island gehören zu diesem Raum. In den nächsten Jahren sollen auch die Kontrollen an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten abgeschafft werden.

Ohne regelmäßige Grenzkontrollen gibt es andere Mittel, um Straftäter zu fassen. Hier in Frankreich, in der Nähe der französisch-belgischen Grenzen, führt die Polizei beider Länder gemeinsame Patrouillen durch. Beim geringsten Verdacht an einer Straßensperre geben sie den Namen des Verdächtigen ins Schengen-Informationssystem ein. „Fahndung und Verhaftung mit dem Ziel der Überstellung oder Auslieferung ...“ Dabei handelt es sich um eine europäische Datenbank mit zwölf Millionen Informationen über gestohlene Güter wie beispielsweise Autos, Dokumente oder Banknoten, sowie Angaben über gesuchte Personen.

[Jacques Graff – Schengen-Informationssystem] „Wenn eine belgische Personenbeschreibung ins SIS eingegeben wird und ein griechischer Polizist diese Person abfängt, dann sieht dieser sofort in seiner Sprache, was er mit dieser Person machen soll: sie festnehmen, sie verfolgen, ob es sich um eine vermisste Person handelt ... Er hat die notwendigen Informationen, um unverzüglich zu reagieren.“

Das gleiche System wird für Flugreisende benutzt. Hier werden die Angaben von Personen, die nicht aus einem Schengen-Staat kommen, zur Überprüfung in den Computer eingegeben. Ein Alarm wird ausgelöst, als ein fünfzehnjähriges Mädchen allein aus Kroatien kommt. Wenn das Risiko von Mädchenhandel besteht, müssen Fragen gestellt werden „Wie lange werden Sie in Belgien bleiben?“ Die Geschichte des Mädchens, die behauptet, eine Freundin besuchen zu wollen, wird schließlich bestätigt: Sie darf passieren.

Die Europäische Union will keine Festung bauen. Die Gewährung von Asyl für Menschen, die vor Gefahren und Verfolgung fliehen, ist eine humanitäre Pflicht. Die Union arbeitet an einer gemeinsamen Asylpolitik, und mehrere gemeinsame Vorschriften existieren bereits, um Asylbewerber aufzunehmen und zu beschützen. Es müssen auch Maßnahmen zur sozialen Integration der Einwanderer getroffen werden.

[Javier Solana] „Wir müssen Werte respektieren. Wir wissen, dass die Menschen, die herkommen, um in unseren Ländern zu arbeiten, gut behandelt werden, dass ihre Rechte respektiert werden und sie ein Leben führen, in dem sie sich frei entfalten können.“

Die Gründung von Europol in der niederländischen Hauptstadt Den Haag ist das Zeichen für einen großen Fortschritt im Kampf gegen die grenzüberschreitende Kriminalität. Hier arbeiten Polizeibeamten aus verschiedenen Ländern zusammen, um beispielsweise die Bewegungen krimineller Banden zu verfolgen. Europol arbeitet eng mit dem Koordinator für die Terrorismusbekämpfung in der Europäischen Union zusammen.

[Gijs de Vries (EU-Koordinator für Terrorismus-Bekämpfung)] „Tagtäglich arbeiten unterschiedliche nationale Behörden praktisch intensiv zusammen. Und sie konnten in der Tat mehrere Anschläge in verschiedenen europäischen Ländern erfolgreich verhindern.“

Angesichts der Tatsache, dass der Terrorismus immer mehr Platz auf der politischen Tagesordnung einnimmt, wurde eine weitere Organisation – Eurojust – eingerichtet, die eine Schlüsselrolle bei dieser Art der Zusammenarbeit spielen soll. Sie unterstützt die Justizbehörden bei der Koordinierung von Ermittlungen in den Terrorismusfällen und anderen grenzüberschreitenden Strafsachen.

[Michael Kennedy (Präsident von Eurojust)] „Drogenschmuggel und Menschenhandel sind gute Beispiele. Unsere Aufgabe war es, den in diesen Fällen ermittelnden Behörden zu helfen, Beweise aus anderen Gerichtsbarkeiten zu erhalten. Wir organisieren auch Treffen, um die Aktionen zu koordinieren, sodass eine Reihe von Verhaftungen oder Durchsuchungen gleichzeitig in mehreren Ländern stattfinden können.“

Die Tatsache, dass Verbrecher sich freier bewegen können als die Justizbehörden, ist oft Ursache von Frustrationen. Aber die Einführung eines europäischen Haftbefehls vor kurzer Zeit ersetzt das langsame und aufwändige Auslieferungsverfahren und stellt einen enormen Fortschritt dar. Er ist das erste konkrete Beispiel für das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen.

Eine engere justizielle Zusammenarbeit erfordert auch ein gesteigertes gegenseitiges Vertrauen in die Rechtssysteme. Auch die Rechte der Personen müssen respektiert werden. Es wurde vorgeschlagen, dass, egal ob ein Mitglied einer Gruppe des organisierten Verbrechens oder ein einfacher Urlauber, der in einen Verkehrsunfall verwickelt ist, verhaftet werden, dieser Person ihre Rechte verlesen werden. Der Zugang zu Rechtsberatung und falls notwendig zu einem Dolmetscher müssen für jeden garantiert werden.

Dank des Schengener Abkommens können wir uns frei in ganz Europa bewegen. Wir müssen jetzt überall in der Europäischen Union Zugang zum Recht erhalten. Die Rechtssysteme sollen das Leben der Bürger einfacher machen, nicht komplizierter. Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts kann für alle funktionieren.